

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

II/1 — 31109 — 5166/68

Bonn, den 28. März 1968

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
18. Mai 1967 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Republik Ruanda über
die Förderung von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Wortlaut des Vertrages in deutscher und französischer Sprache, der zugehörige Briefwechsel sowie eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern des Auswärtigen und für Wirtschaft gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 321. Sitzung am 22. März 1968 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister des Innern

Lücke

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 18. Mai 1967
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ruanda
über die Förderung von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kigali am 18. Mai 1967 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ruanda über die Förderung von Kapitalanlagen sowie dem Protokoll und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Diese Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollnummer 7, soweit sie sich auf die

Luftfahrt beziehen — auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ruanda
über die Förderung von Kapitalanlagen

Traité
entre la République Rwandaise et la République fédérale d'Allemagne
relatif à l'encouragement des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK RUANDA

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen, und

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die privatwirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften die Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei zulassen, diese Anlagen nach Möglichkeit fördern und die Erteilung der erforderlichen Genehmigungen wohlwollend erwägen.

Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich der in ihrem Eigentum oder unter ihrem Einfluß stehenden Kapitalanlagen, hinsichtlich ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen sowie hinsichtlich der Verwaltung, der Nutzung und des Gebrauchs derselben nicht ungünstigeren Bedingungen unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage im Zeitpunkt der Enteignung entsprechen sowie unverzüglich festgesetzt und geleistet werden; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

LA RÉPUBLIQUE RWANDAISE

et

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre leurs deux Etats,

SOUICIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants et des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

RECONNAISSANT que l'encouragement de ces investissements est susceptible de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations,

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1^{er}

Chaque Partie Contractante admettra sur son territoire, en conformité de sa législation, les investissements de capitaux effectués par des ressortissants et des sociétés de l'autre Partie Contractante, encouragera si possible ces investissements et considérera avec bienveillance la question de l'octroi des autorisations nécessaires.

Article 2

Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les investissements dont ils sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, l'activité professionnelle et économique qu'ils exercent en connexion avec ces investissements ainsi que l'administration, la jouissance et l'utilisation de ces investissements, à des conditions moins favorables que celles auxquelles sont soumis ses propres ressortissants et sociétés ou les ressortissants et sociétés d'Etats Tiers.

Article 3

(1) Les investissements de capitaux effectués par des ressortissants et des sociétés d'une Partie Contractante jouiront, sur le territoire de l'autre Partie Contractante, d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants et les sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements de capitaux sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnisation devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, évaluée au moment de l'expropriation, être fixée et versée sans retard injustifié; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Erleiden Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an ihren dort befindlichen Kapitalanlagen, so werden sie von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen oder sonstigen Entschädigungen nicht ungünstiger behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften. Hinsichtlich des Transfers solcher Leistungen sichern sich die Vertragsparteien gegenseitig zu, die Rechte der Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht ungünstiger zu behandeln als die entsprechenden Rechte der Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für Erträge von Kapitalanlagen.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet nach Maßgabe der Nummer 4 Buchstabe a) des Protokolls zu diesem Verträge den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals und der Erträge sowie im Falle der Liquidation den Transfer des Erlöses.

Artikel 5

Wird eine Vertragspartei aus einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage, die nach Nummer 1 Buchstabe b) des Protokolls zu diesem Verträge genehmigt worden ist, in Anspruch genommen, so ist sie unbeschadet ihrer Rechte aus Artikel 10 berechtigt, die ihr kraft Gesetzes zugefallenen oder von ihrem Rechtsvorgänger abgetretenen Rechte (übertragene Rechte) zu den gleichen Bedingungen wie dieser auszuüben. Für den Transfer der auf Grund des Rechtsüberganges an die Vertragspartei zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2, 3 und 4 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht mit Billigung der zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, eine abweichende Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absätze 2, 3 und 4, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei am Tage des Transfers kein Umrechnungskurs im Sinne des Absatzes 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

(3) Si des ressortissants et des sociétés d'une Partie Contractante subissent, par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution ou d'une émeute dans le territoire de l'autre Partie Contractante, des pertes d'investissements de capitaux y situés, ils bénéficieront de la part de cette dernière Partie Contractante, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux ressortissants et sociétés de cette Partie. En ce qui concerne le transfert de tels paiements, les Parties Contractantes se garantissent mutuellement d'accorder aux droits des ressortissants et des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux droits analogues des ressortissants et sociétés d'un Etat Tiers.

(4) Les dispositions des premier, deuxième et troisième paragraphes du présent Article sont également applicables aux produits des investissements de capitaux.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit dans la mesure et selon les modalités prévues à l'alinéa a) du numéro 4 du Protocole Annexe du présent Traité aux ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante le transfert du capital investi et du produit de capital, et en cas de liquidation, du produit de la liquidation.

Article 5

En cas de revendications à l'encontre d'une Partie Contractante qui s'est portée garante d'un investissement de capitaux agréé conformément à l'alinéa b) du numéro 1 du Protocole Annexe du présent Traité, cette Partie est autorisée, sans préjudice de ses droits découlant de l'Article 10 du présent Traité, à exercer, dans les mêmes conditions que son auteur, les droits qui lui sont dévolus par la force de la loi ou qui lui sont cédés par son auteur (droit transmis). En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en vertu de la transmission des droits, les dispositions des deuxième, troisième et quatrième paragraphes de l'Article 3, et de l'Article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'aient pas conclu d'arrangement contraire avec l'approbation des autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement de capitaux, les transferts de fonds au titre du deuxième, troisième et quatrième paragraphes de l'Article 3, de l'Article 4 ou de l'Article 5 seront effectués sans retard injustifié et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de la section 3 de l'Article IV de l'accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2 du présent Article, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S. ou à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante, sur le territoire de laquelle le capital est investi, admettront un cours de change juste et équitable.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung gewährt wird als nach diesem Vertrag vorgesehen ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt. Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte einschließlich sämtlicher Rechte und Interessen.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die innerhalb einer bestimmten Frist als Gewinn oder Zinsen auf eine Kapitalanlage entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

b) in bezug auf die Republik Ruanda:

natürliche Personen, die nach den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über die ruandische Staatsangehörigkeit Ruander sind.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet

jede juristische Person sowie Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige und Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet seit dem 1. Juli 1962 vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierung der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Er-

Article 7

S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes, à côté du présent Traité, un règlement selon lequel il est accordé aux investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, ce dernier n'affectera pas le règlement en question. Chaque Partie Contractante se conformera à tous autres engagements relatifs aux investissements de capitaux effectués, sur son territoire, par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, auxquels elle aura souscrit.

Article 8

(1) Le terme « investissements de capitaux » comprend toutes les catégories de biens, y inclus toutes les catégories de droits et intérêts.

(2) Le terme de « produit » désigne les montants réalisés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur l'investissement de capitaux pour une période déterminée.

(3) Le terme de « ressortissants » désigne:

a) en ce qui concerne la République rwandaise:

les personnes physiques jouissant de la qualité de Rwandais conformément aux dispositions législatives et réglementaires sur la nationalité rwandaise;

b) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:

les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne.

(4) Le terme de « sociétés » désigne:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire d'une Partie Contractante et constituée de droit en conformité de la législation, que la responsabilité de ses associés, participants ou membres soit limitée ou illimitée et que son activité ait un but lucratif ou non.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements de capitaux que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectués sur le territoire de cette dernière depuis le 1^{er} juillet 1962.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité devront, si possible, être réglés par les gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le Tribunal d'arbitrage sera constitué « ad hoc »; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat Tiers qui sera nommé par les gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le Président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 du présent Article ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de pro-

nennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens im Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen über die Luftfahrt — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Ruanda innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Kigali am 18. Mai 1967 in vier Exemplaren, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Steinbach

Für die Republik Ruanda
Thaddé Bagaragaza

céder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il appartiendrait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était lui aussi ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le Tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son propre arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure devant le Tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le Tribunal d'arbitrage pourra fixer un autre règlement concernant les dépenses. Pour le reste, le Tribunal d'arbitrage réglera lui-même sa procédure.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Article 12

A l'exception des dispositions relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au gouvernement de la République rwandaise dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée illimitée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le présent Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements de capitaux effectués avant la date d'expiration du présent Traité, les Articles 1 à 12 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Kigali, le 18 mai 1967, en quatre exemplaires, dont deux en langue française et deux en langue allemande, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République rwandaise
Thaddé Bagaragaza

Pour la République fédérale d'Allemagne
Steinbach

Protokoll

Protocole

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ruanda haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden:

1. Zu Artikel 1

- a) Jede Vertragspartei kann in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften im Rahmen des Artikels 1 darüber entscheiden, ob sie die erforderlichen Genehmigungen erteilt.
- b) Soweit die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften einer Vertragspartei für Kapitalanlagen ausländischer Staatsangehöriger oder Gesellschaften ein Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren erfordern, gilt dieser Vertrag für eine bestimmte Kapitalanlage erst dann, wenn die genannte Vertragspartei der anderen Vertragspartei notifiziert hat, daß das entsprechende Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren abgeschlossen ist. Vom Zeitpunkt der Notifikation an genießt diese Kapitalanlage den vollen Schutz dieses Vertrages.

2. Zu Artikel 2

- a) aa) Als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2 gelten insbesondere:
jede Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, jede Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit vergleichbarer Auswirkung.
- bb) Hingegen gelten Maßnahmen, die sich aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder der Sittlichkeit als notwendig erweisen, nicht als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2.
- cc) Es besteht Einverständnis, daß Maßnahmen einer Vertragspartei zur funktionellen Neugestaltung bestimmter Sondergebiete der nationalen Wirtschaft nicht als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2 gelten, sofern diese Maßnahmen auch auf die eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften und auf die Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten angewandt werden.
- b) Artikel 2 wird auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer nicht angewendet.
- c) Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Genehmigung oder Zulassung einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei mit diesen in der Genehmigungs- oder Zulassungs-urkunde besondere Bedingungen hinsichtlich
 - aa) der Verwaltung der Kapitalanlage,
 - bb) der wirtschaftlichen Betätigung,
 - cc) der Wiederanlage der Erträge der Kapitalanlage,

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, conclu entre la République rwandaise et la République fédérale d'Allemagne, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

1. ad Article 1^{er}

- a) Chaque Partie Contractante pourra, en conformité de ses dispositions légales et réglementaires, décider, dans le cadre de l'Article 1^{er}, si elle accordera les autorisations nécessaires.
- b) Tant que les dispositions légales ou réglementaires d'une Partie Contractante exigent, dans le cas des investissements de capitaux de ressortissants ou sociétés étrangers, une procédure d'agrément ou d'admission, les dispositions du présent Traité ne s'appliqueront à un investissement de capitaux déterminé qu'après notification faite par la Partie Contractante mentionnée plus haut à l'autre Partie Contractante, indiquant que la procédure d'agrément ou d'admission y relative a été accomplie. Au moment de la notification cet investissement de capitaux jouira de l'entière protection du présent Traité.

2. ad Article 2

- a) aa) Sont considérées comme «conditions moins favorables» au sens de l'Article 2 notamment: les restrictions touchant à l'acquisition de matières premières et de matières auxiliaires, de force motrice et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger, ainsi que toutes autres mesures ayant des effets analogues.
- bb) En revanche, les mesures prises pour des raisons de sécurité, de santé et d'ordre publics, ou de moralité, dont l'intervention s'avérerait nécessaire, ne sont pas considérées comme «conditions moins favorables» au sens de l'Article 2.
- cc) Il est entendu que les mesures d'une Partie Contractante, tendant à la réorganisation fonctionnelle de certains secteurs particuliers de l'économie nationale, ne seront pas considérées comme «conditions moins favorables» au sens de l'Article 2, pourvu que ces mesures soient également appliquées à ses propres nationaux et sociétés et aux nationaux et sociétés d'Etats Tiers.
- b) L'Article 2 ne s'appliquera pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en tant que salarié.
- c) Chaque Partie Contractante pourra, dans l'intérêt de son économie nationale et lors de l'agrément ou de l'admission d'un investissement de capitaux effectué par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, convenir avec ceux-ci dans l'acte d'agrément ou d'admission de conditions spéciales concernant:
 - aa) l'administration de l'investissement de capitaux,
 - bb) l'activité économique,
 - cc) le réinvestissement du produit de l'investissement de capitaux,

dd) der Ausbildung und Beschäftigung ihrer eigenen Staatsangehörigen

vereinbaren. Sind Bedingungen dieser Art vereinbart, so wird Artikel 2 insoweit nicht angewendet. Diese Bedingungen sind jedoch nur dann gültig, wenn die abweichenden Maßnahmen, die sie beinhalten, in der unter Nummer 1 Buchstabe b) dieses Protokolls genannten Notifikation ausdrücklich bezeichnet und im einzelnen festgelegt sind.

3. Zu Artikel 3

- a) Artikel 3 Absatz 2 gilt auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche staatliche Eingriffe. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jeden Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.
- b) Es besteht Einverständnis, daß die Anwendung der innerstaatlichen Straf- und Steuergesetze nicht als Enteignung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 gilt.

4. Zu Artikel 4

- a) In der Republik Ruanda wird der freie Transfer nur für diejenigen Kapitalanlagen gewährleistet, deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im voraus durch einen besonderen Genehmigungsakt anerkannt worden ist. Artikel 4 ist daher auf Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften erst dann anwendbar, wenn in der unter Nummer 1 Buchstabe b) dieses Protokolls vorgesehenen Notifikation der freie Transfer gewährleistet wurde. Diese Bestimmungen schließen etwaige Vereinbarungen oder Verpflichtungen in bezug auf einen Transfer bei anderen als den vorstehend genannten Kapitalanlagen nicht aus.
- b) Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

5. Zu Artikel 6

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt der Einreichung des Transferantrages, dem alle erforderlichen Unterlagen beigelegt sind; sie darf zwei Monate nicht überschreiten.

6. Zu Artikel 8

- a) Wendet eine Vertragspartei das unter Nummer 1 Buchstabe b) dieses Protokolls vorgesehene Verfahren an, so gilt dieser Vertrag nur für Vermögenswerte einschließlich der Rechte und Interessen, die unter die Betätigung fallen, auf welche sich die Notifikation bezieht.
 - b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.
7. Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die

dd) la formation professionnelle et l'emploi de ses propres ressortissants.

Dans la mesure où des conditions de ce genre sont convenues, les dispositions de l'Article 2 ne seront pas applicables. Ces conditions ne seront cependant valables que si les mesures dérogatoires qu'elles comportent sont explicitement précisées et leurs modalités fixées dans la notification mentionnée à l'alinéa b du numéro 1 du présent Protocole.

3. ad Article 3

- a) Les dispositions du deuxième paragraphe de l'Article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capitaux en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues de l'Etat. On entend par expropriation le retrait ou la limitation de tout droit de propriété constituant un investissement de capitaux, seul ou conjointement avec d'autres droits.
- b) Il est entendu que l'application de la législation nationale en matières répressive et fiscale ne constitue pas une expropriation au sens du deuxième paragraphe de l'Article 3.

4. ad Article 4

- a) En République rwandaise, le libre transfert ne sera garanti qu'aux investissements de capitaux dont la contribution au développement économique du pays aura été préalablement reconnue par un acte spécial d'agrément. Par conséquent, les dispositions de l'Article 4 ne seront appliquées aux investissements de capitaux effectués par des ressortissants et sociétés allemands qu'après communication de la garantie de libre transfert dans la notification prévue à l'alinéa b) du numéro 1 du présent Protocole. Les dispositions ci-dessus n'excluent pas d'éventuels accords ou engagements en matière de transfert pour ce qui est des investissements autres que ceux visés ci-dessus.
- b) Est également considérée comme « liquidation » au sens de l'Article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

5. ad Article 6

Est considéré comme effectué « sans retard injustifié » au sens du premier paragraphe de l'Article 6 tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'accomplissement des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à compter de la date de l'introduction de la demande de transfert assortie d'un dossier comportant toutes les pièces justificatives nécessaires et ne devra pas dépasser deux mois.

6. ad Article 8

- a) Tant qu'une Partie Contractante utilisera la procédure prévue à l'alinéa b) du numéro 1 du présent Protocole, les dispositions du présent Traité ne s'appliqueront qu'à des biens, y inclus les droits et intérêts, qui se situeront dans le cadre de l'activité à laquelle la notification se réfère.
 - b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.
7. Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre con-

Beteiligung der Seeschifffahrt und Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung solcher Güter ausschalten oder behindern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

currence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime et aérienne de l'autre Partie Contractante au transport des biens destinés à l'investissement de capitaux au sens du présent Traité. Cette disposition s'appliquera également aux biens acquis dans le territoire d'une Partie Contractante ou d'un Etat Tiers moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des capitaux sont investis au sens du présent Traité.

GESCHEHEN zu Kigali am 18. Mai 1967 in vier Exemplaren, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FAIT à Kigali, le 18 mai 1967, en quatre exemplaires, dont deux en langue française et deux en langue allemande, chacun des textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Steinbach

Für die Republik Ruanda

Thaddé Bagaragaza

Pour la République rwandaise

Thaddé Bagaragaza

Pour la République fédérale d'Allemagne

Steinbach

Briefwechsel

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DE LA RÉPUBLIQUE RWANDAISE

Kigali, le 18 mai 1967

DER BOTSCHAFTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Kigali, den 18. Mai 1967

Excellence,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République rwandaise et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République rwandaise accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en la République rwandaise désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République rwandaise, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Veuillez agréer, Monsieur l'Ambassadeur, l'expression de ma très haute considération.

Thaddé Bagaragaza

Son Excellence,
Monsieur l'Ambassadeur
de la République fédérale d'Allemagne

Herr Minister,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Ruanda und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Ruanda deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Ruanda einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit dem nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Steinbach

Seiner Exzellenz
dem Außenminister
der Republik Ruanda

Denkschrift

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Maßnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung öffentlicher Mittel für diesen Zweck aus dem Bundeshaushalt ist naturgemäß begrenzt. Deshalb ist die Bundesregierung bestrebt, private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu fördern. Zu diesem Zweck gibt sie Kredite, Garantien und Steuervergünstigungen. Diese Maßnahmen dienen gleichzeitig der Anregung des deutschen Kapitaleports und sonstigen wirtschaftspolitischen Interessen.

Private Kapitalanlagen in Entwicklungsländern sind in besonderem Maße geeignet, zum wirtschaftlichen Aufbau dieser Länder und zur Verstärkung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik beizutragen. Investitionen der privaten Wirtschaft führen in der Regel neben dem Zufluß von Geld oder Sachwerten auch gleichzeitig zur Vermittlung technischen Wissens und technischer Erfahrung durch geeignete Fachkräfte, die in den Entwicklungsländern besonders wertvolle Arbeit leisten. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, daß mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird, und daß das unternehmerische Risiko der Kapitalanlagen in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Die Anlage privaten deutschen Kapitals soll durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages besonders gefördert werden. Das ist das Ziel des vorliegenden Vertrages.

Der Vertrag trägt zugleich den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes Rechnung. Danach können zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu Lasten des Bundes in der Regel dann übernommen werden, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem die Kapitalanlage vorgenommen wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht.

Ebenso wie die mit anderen Entwicklungsländern geschlossenen Investitionsförderungsverträge ist der Vertrag vom 18. Mai 1967 mit der Republik Ruanda auf der Grundlage der Gegenseitigkeit aufgebaut und lehnt sich inhaltlich an die von der Bundesrepublik geschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsverträge an, soweit sie sich mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiete und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt der Vertrag sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage im Ausland von Bedeutung sind.

II. Besonderes

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Briefwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält den allgemeinen Grundsatz, daß Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei durch die andere

Vertragspartei zugelassen, nach Möglichkeit gefördert und die erforderlichen Genehmigungen wohlwollend geprüft werden.

Gemäß Nummer 1 Buchstabe a des Protokolls kann jede Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften darüber entscheiden, ob sie die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Soweit ein Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren besteht, hat nach Nummer 1 Buchstabe b des Protokolls der Vertrag für eine bestimmte Kapitalanlage erst dann Gültigkeit, wenn die eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei notifiziert hat, daß das Genehmigungs- oder Zulassungsverfahren abgeschlossen ist.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 2 gewährt jede Vertragspartei den Kapitalanlagen und Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei Inländerbehandlung und Meistbegünstigung hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.

Zur Auslegung des Artikels 2 sind in Nummer 2a des Protokolls Beispiele diskriminierender Maßnahmen aufgeführt. Maßnahmen zur funktionellen Neugestaltung bestimmter Sondergebiete der nationalen Wirtschaft gelten — sofern sie nicht diskriminierend sind — nicht als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2.

Nach Nummer 2 Buchstabe b des Protokolls finden die Bestimmungen des Artikels 2 auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung. In einem Briefwechsel verpflichtet sich die Republik Ruanda jedoch, im Interesse der Erleichterung und Förderung von deutschen Kapitalanlagen deutschen Staatsangehörigen, die eine Tätigkeit als Arbeitnehmer in Ruanda ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen zu erteilen.

Nummer 2 Buchstabe c des Protokolls enthält die Möglichkeit einer Abdingbarkeit des Artikels 2 in gewissem Umfang und unter bestimmten Voraussetzungen.

Zu Artikel 3

Nach diesem Artikel genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sind nur zum allgemeinen Wohl und gegen volle Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein und unverzüglich geleistet werden muß, zulässig. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Nummer 3 Buchstabe a des Protokolls auch die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht und ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.

Nummer 3 Buchstabe b des Protokolls stellt fest, daß die Anwendung der innerstaatlichen Straf- und Steuergesetze nicht als Enteignung im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 anzusprechen ist.

Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden erleiden, gilt hinsichtlich der Entschädigungen hierfür Inländerbehandlung, für den Transfer solcher Entschädigungen Meistbegünstigung.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den Transfer des Kapitals, seiner Erträge und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses.

Dies gilt nach Nummer 4 Buchstabe a des Protokolls jedoch in bezug auf die Republik Ruanda nur für Kapitalanlagen, deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes im voraus durch einen besonderen Genehmigungsakt anerkannt worden ist.

Als Liquidation im Sinne des Artikels 4 gilt nach Nummer 4 Buchstabe b des Protokolls auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Artikels 5 trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Erfordernissen Rechnung. Sie setzt die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine in Ruanda vorgenommene und genehmigte Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im gleichen Umfang wie ihr Rechtsvorgänger geltend zu machen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen des Vertrages unverzüglich und zu dem Kurs zu erfolgen haben, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem Internationalen Währungsfonds ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden. In Nummer 5 des Protokolls ist die Frist festgesetzt, innerhalb deren ein Transfer durchgeführt sein muß.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen des Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften; diese gehen vor, soweit sie eine günstigere Behandlung der Kapitalanlagen als der vorliegende Vertrag vorsehen.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, nach dem jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine den Bestimmungen des Vertrages unterliegende Kapitalanlage übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, einzuhalten ist; die Verletzung einer solchen Verpflichtung stellt hiernach zugleich

eine Verletzung der durch den vorliegenden Vertrag übernommenen völkerrechtlichen Verpflichtung dar.

Zu Artikel 8

In Artikel 8 werden die im Vertrag verwendeten Bezeichnungen „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“ definiert.

Nummer 6 Buchstabe a des Protokolls beschränkt die Anwendung des Vertrages auf Vermögenswerte, die von der Notifikation nach Nummer 1 Buchstabe b des Protokolls umfaßt werden.

Nummer 6 Buchstabe b des Protokolls enthält eine Vermutung für den Besitz der Staatsangehörigkeit.

Zu Artikel 9

Artikel 9 enthält die Rückwirkung des Vertrages auf den 1. Juli 1962.

Zu Artikel 10

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Vertrages, die nicht durch diplomatische Verhandlungen beigelegt werden können, können einem zu bildenden Schiedsgericht unterbreitet werden. Der Artikel regelt die Bildung und Zusammensetzung des Schiedsgerichts und gibt diesem Gericht das Recht, sein Verfahren selbst zu bestimmen.

Zu Artikel 11

Der Vertrag bleibt auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft. Zulässig sind jedoch vorübergehende Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts gestattet sind.

Zu Artikel 12

Der Artikel enthält die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt zehn Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere zwanzig Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

Zum Protokoll

Das Protokoll bringt in sieben Nummern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrage. Abgesehen von den unter den Artikeln 1—4, 6 und 8 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es in Nummer 7 eine Verpflichtung der Vertragsparteien, die Beteiligung der Seeschifffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Sinne des Vertrages nicht in wettbewerbswidriger Weise auszuschalten oder zu behindern.

Zu dem Briefwechsel

Der Briefwechsel über Einreise und Betätigung deutscher Arbeitnehmer ist unter Artikel 2 erläutert.